

„Ex-Stasi hat 500 Euro mehr“

Ehemalige DDR-Flüchtlinge kritisieren auf Point Alpha Rentenberechnung

Von unserem Redakteur
Johannes Heller

POINT ALPHA Im blauen „Haus auf der Grenze“, nur wenige hundert Meter vom symbolträchtigen Point Alpha entfernt, hat sich in dieser Woche eine Interessensgruppe zusammengefunden, die auf einen nach Meinung der Betroffenen wunden Punkt der Wiedervereinigung hinweisen will: Es geht um die Rentenansprüche ehemaliger DDR-Flüchtlinge.

Die Interessensgemeinschaft fühlt sich durch die Praxis des Bundessozialministeriums und der Rentenversicherungsträger benachteiligt: „Im Extremfall kann der Unterschied in der Rente bis zu 600 Euro monatlich betragen“, betonte Gundhardt Lässig aus Herbstein, einer der Initiatoren des Treffens. Für viele Rentner könne dieser Unterschied von existenziel-

Brand zeigt Verständnis

ler Bedeutung sein, so lautete die einhellige Meinung der Betroffenen. In einer Resolution, die von den gut 20 aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten ehemaligen DDR-Bürgern verabschiedet wurde, forderten die Mitglieder der Initiativgruppe den Gesetzgeber auf, den Betroffenen „ihr grundgesetzlich geschütztes Eigentum – um solches handelt es sich bei Rentenanwartschaften – zurückzugeben“.

Im Detail geht es um DDR-Bürger (jünger als Jahrgang 1937), die vor dem Mauerfall 1989 in den Westen gekommen sind – als Flüchtlinge, freigekaufte Häftlinge oder über das zermürbende Ausbürgerungsverfahren. Ihre Rentenanwartschaften aus ihrer Zeit in der DDR regelte in der damaligen Bundesrepublik das so genannte Fremdrentengesetz: Sie wurden so eingestuft, als hätten sie ihr bisheriges Erwerbsleben im Westen zugebracht.

Im Einigungsvertrag 1990 und im Rentenüberleitungsgesetz 1991 sind nach Rechtsauffassung der Interessensgruppe die Ansprüche der DDR-Flüchtlinge nicht tangiert worden. Doch die Praxis sieht offenbar anders aus: Das Rentenüberleitungsgesetz werde rückwirkend auf alle Bundesbürger angewandt, sofern ihre Erwerbsbiografien DDR-Jahre aufwiesen. Die Fol-



Gruppenbild vor dem „Haus auf der Grenze“: Die Interessensgemeinschaft fordert eine Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei den Rentenanwartschaften ehemaliger DDR-Flüchtlinge. Foto: privat

ge für die meisten DDR-Flüchtlinge: Ihre Rentenansprüche fallen geringer aus als nach dem alten Modell. Dies gelte um so mehr für höher qualifizierte ehemalige DDR-Bürger, die im Osten überdurchschnittlich verdienten. Nach Berechnungen der Interessensgruppe könnten von der Schlechterstellung bundesweit rund 50.000 Personen betroffen sein – diesen entgingen auf diese Weise jährlich rund 200 Millionen Euro an Rentenzahlungen.

„Wir begrüßen die Wiedervereinigung ausdrücklich und verlangen auch keine Privilegien“, betonte Lässig, man wolle lediglich Gleichbehandlung. Besonders schmerzlich sei es für viele DDR-Dissiden-

ten wenn sie sähen, dass ehemalige Grenzer oder Ex-Stasi-Angehörige aufgrund von Besonderheiten in der Gesetzgebung jetzt bis zu 500 Euro mehr an Rente bekämen als diejenigen, die durch sie drangsaliert worden seien.

Dabei ist die Gesetzeslage mehr als komplex und die Rechtsprechung bislang nicht einheitlich. So spielen zum Beispiel bei der Berechnung der Ansprüche auch so genannte Zusatz- und Sonderrenten aus DDR-Zeiten eine Rolle. Auf den Abschluss einer entsprechenden Zusatzversicherung hätten damals allerdings viele Regimekritiker verzichtet, weil von der SED-Propaganda mit dem Ja zur Zusatzrente eine besondere Loyalität

zum Staat verknüpft worden sei, betonten die Mitglieder.

Sie wollen jetzt mehr Druck auf die Politik machen. Beim Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Brand stoßen sie dabei offenbar auf offene Ohren: Wie sein Büro auf Anfrage unserer Zeitung bestätigte, habe Brand ein Treffen von Mitgliedern der Interessensgemeinschaft mit hochrangigen Renten- und Sozialpolitikern der Union in Berlin vereinbart. „Es wird sicher schwer, eine Änderung im Bundestag durchzusetzen, aber die Suche nach einer gerechteren Lösung bleibt auf jeden Fall auf der Tagesordnung“, zitierte Brands Berliner Büro gestern die Auffassung des Abgeordneten.